



RÖVERBRÖNNER

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft | Steuerberatungsgesellschaft

Seminarreihe „GO EAST“

Bulgarien

Gesellschaftsrechtliche und steuerliche Aspekte

13. März 2008

Gerhard Schmitt, RöverBrönnner KG, Berlin

Rechtsanwalt, Steuerberater

Partner



RÖVERBRÖNNER

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft | Steuerberatungsgesellschaft

- **Gesellschaftsrechtliche Grundlagen**
 - Gesellschaftsformen
 - Gründungsformalitäten
- **Steuersystem und Grundlagen der Besteuerung**
- **Bezüge zum Internationalen Steuerrecht**
 - Anknüpfungspunkt der Steuerpflicht bei grenzüberschreitender Tätigkeit
 - Vermeidung der Doppelbesteuerung
- **Beispielhafte Investitionsstrukturen**
- **Fallstricke bei grenzüberschreitender Tätigkeit**
- **Restriktionen beim Erwerb von Grundeigentum**

Letzte Änderung des bulgarischen Handelsgesetzes („Targovski Zakon“)

- Änderungsgesetz vom 29.11.2007
- Inkrafttreten zum 1.3.2008
- Hauptzweck: Umsetzung der EG-Richtlinie über die Verschmelzung von Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten (2005/56/EG vom 26.10.2005)

Handelsgesellschaftsformen (Art. 64 Handelsgesetz)

- Kapitalgesellschaften
 - **Gesellschaft mit beschränkter Haftung, GmbH**
„OOD“ (Družestvo s ogranitschena otgovornost)
„EOOD“ als Ein-Mann-GmbH
 - **Aktiengesellschaft, AG**
„AD“ (Akzionerno družestvo)
„EAD“ als Ein-Mann-AG
- Personengesellschaften
 - **Offene Handelsgesellschaft, OHG**
„SD“ (Sâbiratelno družestvo)
 - **Kommanditgesellschaft, KG**
„KD“ (Komanditno družestvo)
 - **Kommanditgesellschaft auf Aktien, KGaA**
„KDA“ (Komanditno družestvo s akzii)

Unternehmensgründung

- **GmbH** („OOD“)
 - Gesellschaftsvertrag bzw. Gründungsurkunde
 - Mindeststammkapital von 5.000 Lewa (ca. EUR 2.550,-)
- **AG** („AD“)
 - Gründungsbeschluss/Gründungsurkunde und Satzung
 - Mindestgrundkapital von 50.000 Lewa (ca. EUR 25.560,-)
- **OHG** („SD“) und **KG** („KD“)
 - Gesellschaftsvertrag
 - Notarielle Beglaubigung der Unterschriften der Gesellschafter
 - Kein gesetzlich vorgeschriebenes Mindestkapital

Eintragung ins Handelsregister

- **GmbH** („OOD“)
 - Vorlage des Gesellschaftsvertrages bzw. des Gründungsprotokolls
 - Benennung von mind. einem Geschäftsführer
 - Einzahlung von mind. 70% des gezeichneten Kapitals
 - Einzahlung von mind. 1/3 der Kapitaleinlage jedes Gesellschafters

- **AG** („AD“)
 - Vorlage des Gesellschaftsvertrages
 - Wahl von Aufsichtsrat und Vorstand
 - Zeichnung des gesamten Kapitals
 - Zeichnung des gesamten Grundkapitals, mindestens 25% eingezahlt
 - Nennbetrag von Grundkapital und Aktien in BGN (Lewa)

- **OHG** („SD“) und **KG** („KD“)
 - Gründungsvertrag von allen Gesellschaftern unterzeichnet
 - Schriftlicher Gesellschaftsvertrag mit notarieller Beglaubigung

- Alle eingetragenen bulgarischen Handelsgesellschaften sind juristische Personen (Art. 63 Abs. 3 i.V.m. Art. 67 Handelsgesetz)
- Bis zur Eintragung haften die Gründer gesamtschuldnerisch (Art. 69 Abs. 1 Handelsregister)
- Gesellschafter können natürliche und/oder juristische Personen sein
- Die GmbH & Co. KG ist im bulgarischen Gesellschaftsrecht nicht ausdrücklich vorgesehen, jedoch heute anerkannt
- Eine Gesellschaft gilt erst am Tage ihrer Eintragung in das Handelsregister als errichtet
- Auch eine rechtlich unselbständige Zweigniederlassung ist zum Handelsregister anzumelden

■ **Bulgarisches Steuerrecht (1)**

Körperschaftsteuer	10 %
Einkommensteuer	10 %
Gewerbesteuer	Keine
Umsatzsteuer	20 % bzw. 7 % (EU-System)
Steuerjahr	Kalenderjahr
Berichtspflichten	Jährliche Steuererklärung

Quelle: Ernst & Young, 21.02.2008

■ **Bulgarisches Steuerrecht (2)**

Steuervorauszahlungen	Monatliche Vorauszahlungen i.H.v. 1/12 der Steuerschuld des Vorjahres
Verlustnutzung	Kein Verlustrücktrag möglich; Verlustvortrag begrenzt auf 5 Jahre
Konzernbesteuerung	Keine
Zollbestimmungen	Angepasst an internationale Standards und an EU-Standards
Tarif	WTO-Standard
„Zinsschranke“	u.U. Zinsaufwendungen zugunsten verbundener Unternehmen beschränkt

Quelle: Ernst & Young, 21.02.2008

- Inbound-Investitionen / Outbound-Investitionen
- Vermeidung der Doppelbesteuerung
- Anknüpfungspunkte für die Besteuerung
 - Natürliche Personen: Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt
 - Kapitalgesellschaften: Sitz oder Geschäftsleitung
 - Besonderheit bei Personengesellschaften

Steuerpflicht nach deutschem Recht

- Unbeschränkte Steuerpflicht:
 - Voraussetzung: Sitz, Geschäftsleitung, Wohnsitz
 - Folge: Welteinkommensprinzip

- Beschränkte Steuerpflicht:
 - Voraussetzung: Betriebsstätte oder in den DBA bzw. in nationalen Rechtsordnungen definierte Tätigkeiten und sonstige Aktivitäten
 - Folge: Steuerpflicht nur hinsichtlich der in dem jeweiligen Land erzielten Einkünfte (für Deutschland ist das § 49 EStG)

■ **„Betriebsstätte“: Artikel 5 DBA Deutschland-Bulgarien (Auszug)**

- (1) (...) eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.
- (2) (...) insbesondere:
 - a. einen Ort der Leitung,
 - b. eine Zweigniederlassung,
 - c. eine Geschäftsstelle, (...)
- (3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.
- (4) (...)
- (5) Übt eine (...) Person eine Geschäftstätigkeit (...) durch einen Vertreter aus, so gilt eine Betriebsstätte dann als gegeben, wenn der Vertreter
 - a. eine Vollmacht besitzt, (...),
 - b. die Vollmacht (...) gewöhnlich ausübt und
 - c. nicht als unabhängiger Vertreter (...) handelt.

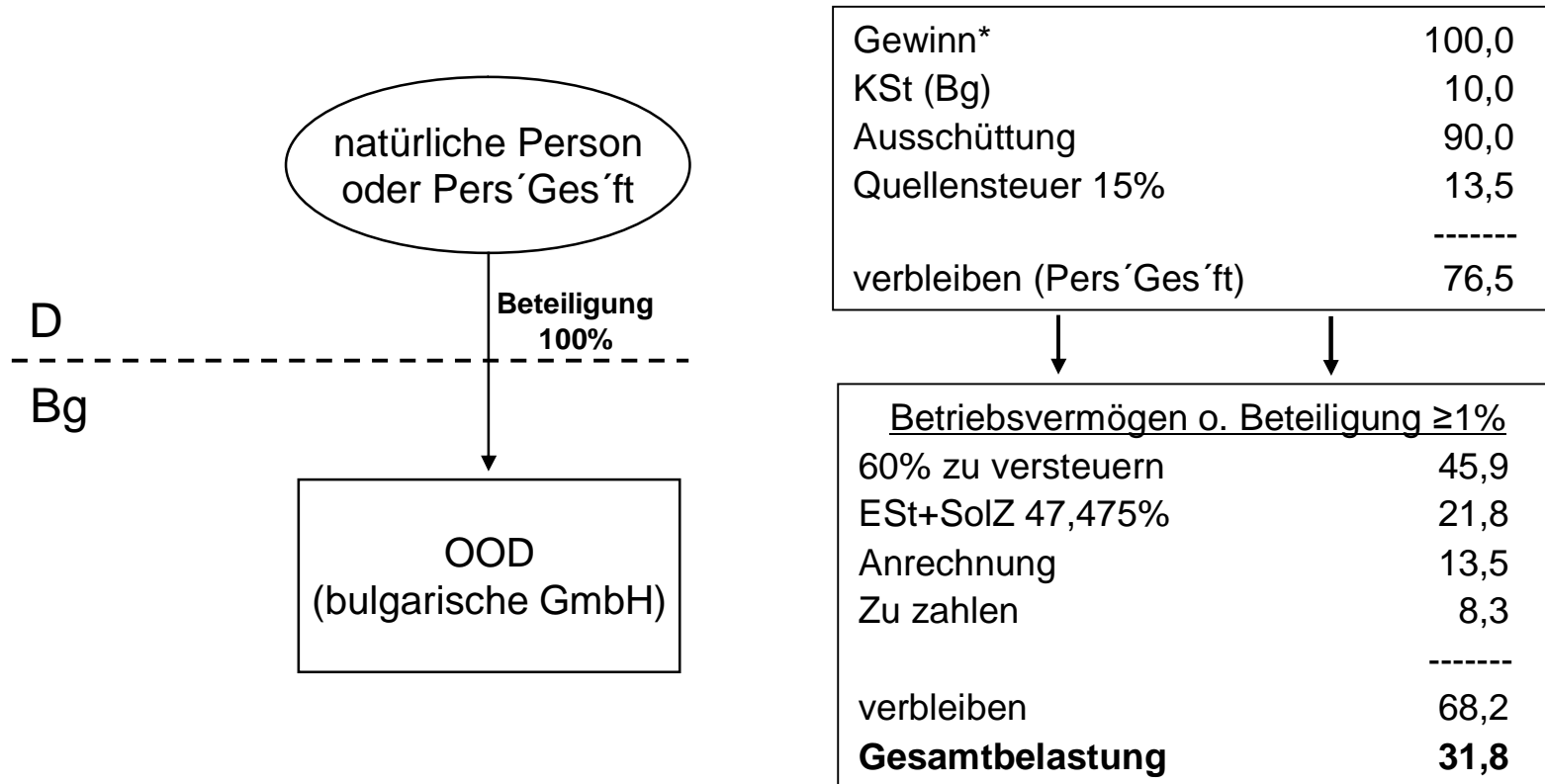
- Typischer Aufbau der Doppelbesteuerungsabkommen (DBA):
 1. Geltungsbereich
 2. Begriffsbestimmungen
 3. Besteuerung des Einkommens
 4. Besteuerung des Vermögens
 5. Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
 6. Besondere Bestimmungen und Schlussbestimmungen

} „Verteilungsartikel“
} „Methodenartikel“

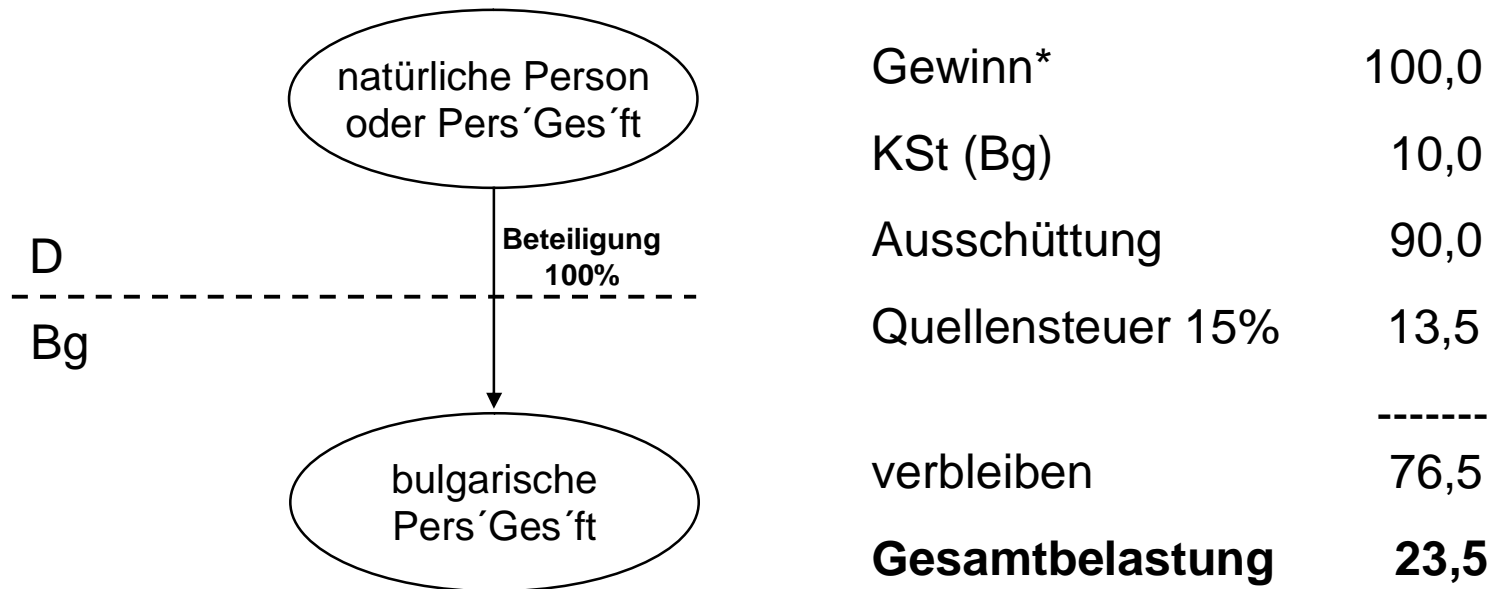
- OECD-Musterabkommen 2003 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung

- Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung:
 - Freistellungsmethode: die Einkünfte werden im jeweils anderen Vertragsstaat besteuert; von der deutschen Besteuerung werden die Einkünfte unter Berücksichtigung des Progressionsvorbehalts ausgenommen
 - Anrechnungsmethode: die Einkünfte werden in beiden Vertragsstaaten besteuert, die ausländische Steuer wird aber nach § 34c EStG auf die deutsche ESt angerechnet

- Folge:
 - Prüfung der Steuerpflicht!
 - Wer hat das Besteuerungsrecht?
 - Was ist anzurechnen bzw. freizustellen?

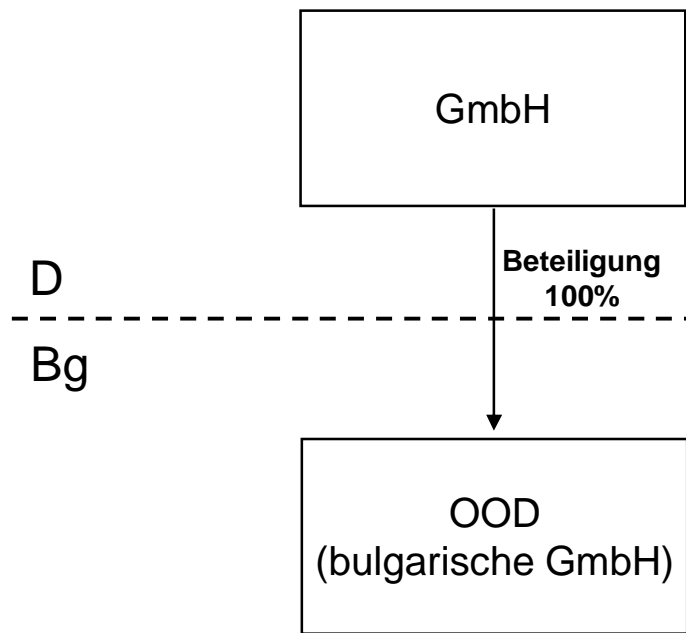


* aktive Einkünfte im Sinne des AStG



In Deutschland keine weitere Belastung

* aktive Einkünfte im Sinne des AStG

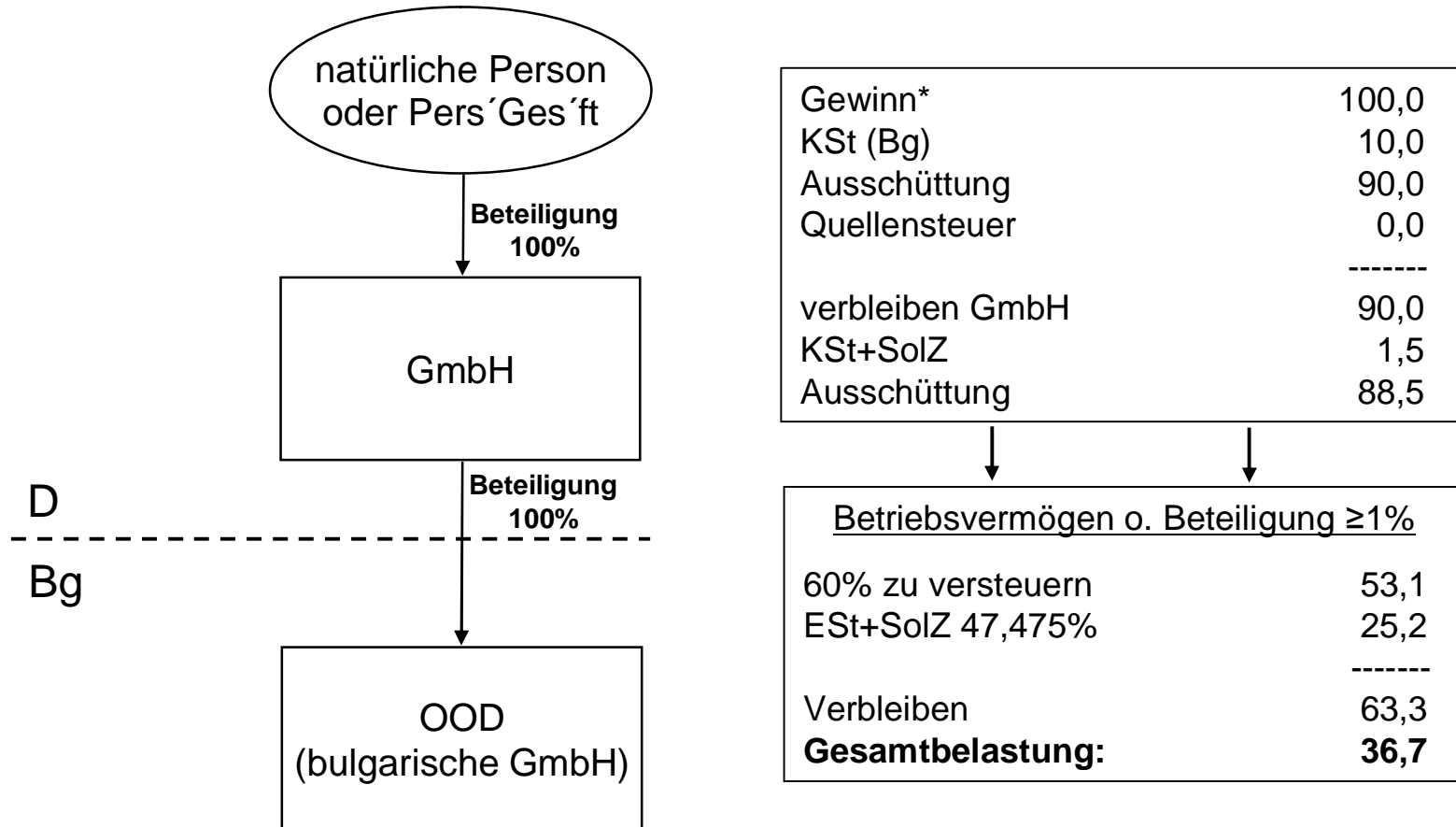


Gewinn*	100,0
KSt (Bg)	10,0
Ausschüttung	90,0
Quellensteuer	0,0

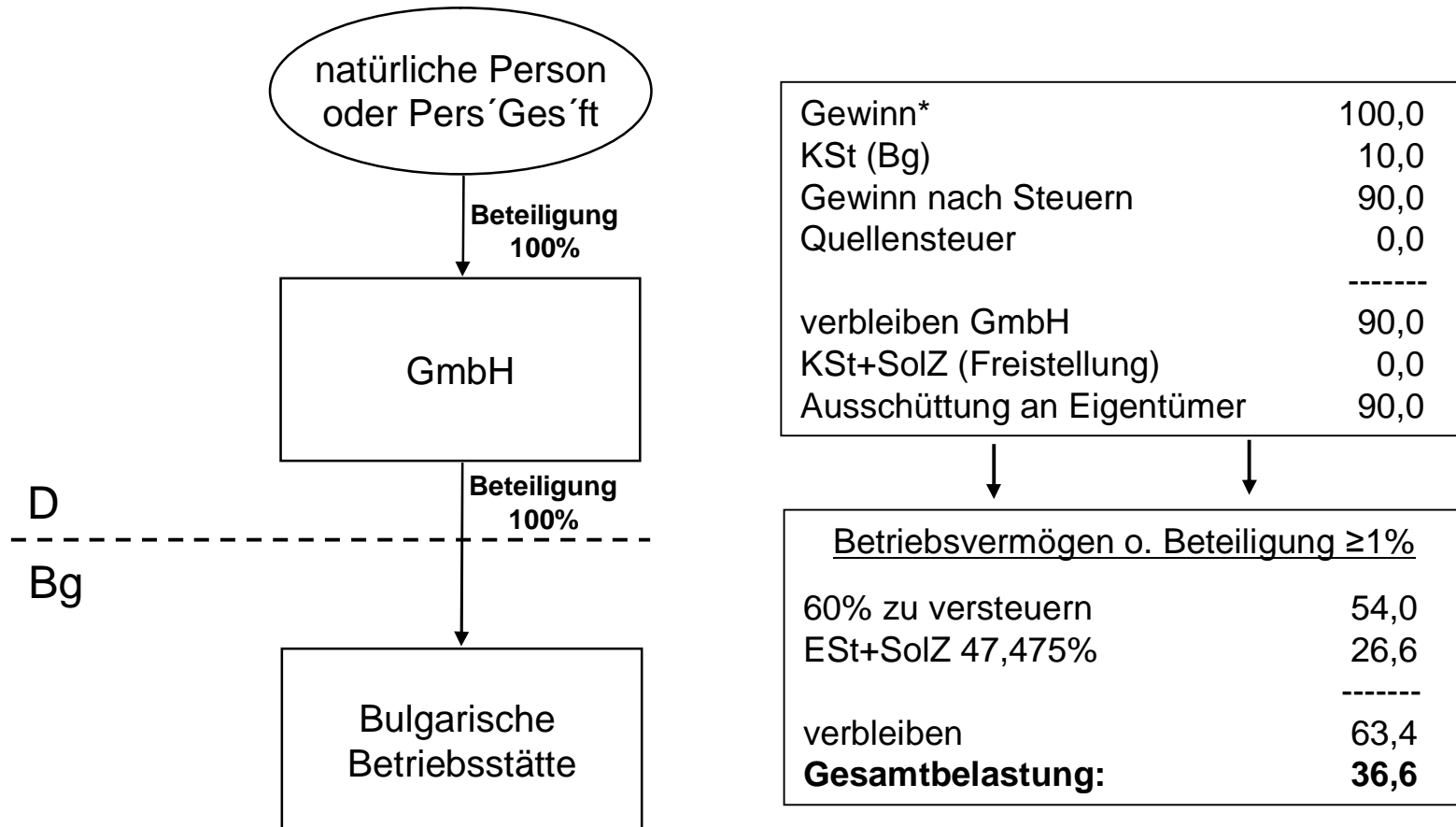
verbleiben GmbH	90,0
KSt + Solz	1,5

verbleiben	88,5
Gesamtbelastung	11,5

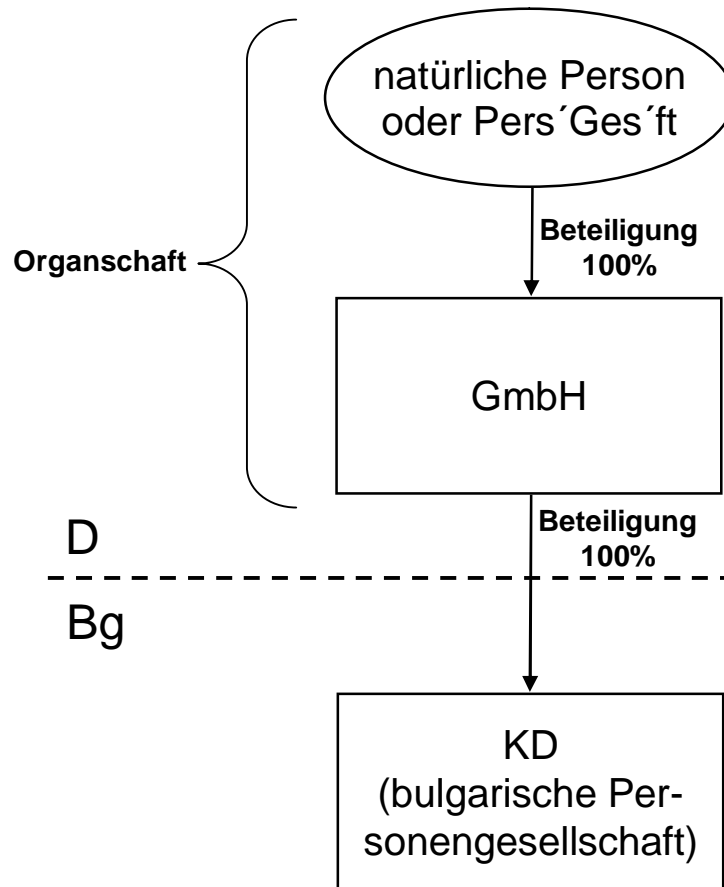
* aktive Einkünfte im Sinne des AStG



* aktive Einkünfte im Sinne des AStG



* aktive Einkünfte im Sinne des AStG



Gewinn*	100,0
KSt (Bg)	10,0
Ausschüttung	90,0
Quellensteuer	0,0

verbleiben	90,0
Gesamtbelastung:	10,0

In Deutschland keine weitere Belastung

* aktive Einkünfte im Sinne des AStG

Außensteuergesetz (AStG): Hinzurechnungsbesteuerung

- Passive Einkünfte = alle Einkünfte, die keine aktiven Einkünfte im Sinne von § 8 AStG sind
- Voraussetzung:
 1. Ausländische Gesellschaft
 2. Beherrschung durch inländische Gesellschafter
 3. Ausländische Gesellschaft hat Einkünfte aus passivem Erwerb
 4. Passive Einkünfte sind niedrig besteuert
- Hinzurechnung festgestellter passiver (ausländischer) Einkünfte
- Hinzurechnungsquote entsprechend unmittelbarer Beteiligung an ausländischer Gesellschaft

„Unilaterale Switch-over-/Treaty-overriding-Klausel“

- Keine DBA-Freistellung wenn gesetzliche Qualifikationskonflikte oder Ausfall mangels persönlicher Steuerpflicht (§ 50d Abs. 9 EStG)

Einkünftekorrektur bei Abweichung vom Fremdvergleich (§ 1 AStG)

- Ausländische Geschäftsbeziehungen zwischen nahe stehenden Personen
- Minderung der Einkünfte - Abweichung vom Fremdvergleich
- Folge:
 - Außerbilanzielle steuerliche Korrektur der Einkünfte
 - Hierdurch Erhöhung des Einkommens
 - Unmittelbare Konsequenzen für anknüpfende Steuern (i. d. R. ESt und GewSt bzw. KSt und GewSt)
 - Mittelbare Folgen für andere Steuern (insb. Solz und KiSt)

„Mutter-Tochter-Richtlinie“ der EU

- RL 90/435/EWG vom 23.7.1990 geändert durch RL 2003/123/EG vom 22.12.2003
- Ziel: Schaffung von EU Binnenmarktverhältnissen für die direkten Steuern; Beseitigung von Unterschieden in der Besteuerung von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren
- Wird seit 2007 in Bulgarien umgesetzt
- Keine Quellenbesteuerung, wenn Beteiligung mindestens 15 % und 2-jährige ununterbrochene Beteiligung

- Rechtliche Besonderheit: der Erwerb von Grundeigentum durch ausländische Investoren ist derzeit (noch) verboten (Art. 22 Abs. 1 Bulgarische Verfassung)
- Ausgenommen: Erwerb von Wohnungen ohne den dazu gehörigen Grund und Boden (§ 29 Abs. 3 Eigentumsgesetz Bulgarien)
- Aber:
 - Änderung des Verbots aufgrund des EU-Beitritts;
 - Regelung zur Zeit noch nicht in Kraft getreten;
 - dann auch Eigentumserwerb durch Ausländer möglich;
 - es gilt eine siebenjährige Übergangsfrist;
 - Wegfall des Verbots also spätestens ab 01. Januar 2014;
- Bis dahin: Erwerb von Grund und Boden mittelbar über eine bulgarische Gesellschaft möglich

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

 **RÖVERBRÖNNER**

Dipl.-Betriebswirt
Gerhard Schmitt
Rechtsanwalt, Steuerberater
Partner

RöverBrönner KG	Fon: +49 (0) 30.890 62-0
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Fax: +49 (0) 30.890 62-402
Steuerberatungsgesellschaft	Mobil:+49 (0) 172 6008908
Auguste-Viktoria-Straße 118	E-Mail:
14193 Berlin-Grünwald	G.Schmitt@RoeverBroenner.de
	www.RoeverBroenner.de